# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat **0.90 RM.** frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten", „Die Frau und ihre Welt", „Der heitere Alltag", „Reise und Erholung", „Unterhaltungsbeilage". — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen **1.20 RM.** Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Teleg.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum mit **15 Pfg.** berechnet; auswärts **20 Pfg.** Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile **40 Pfg.** Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt **15 Pfg.** Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer ∴ Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 3 — Dienstag, den 5. Januar 1932. — 25. Jahrgang.


## Der Finanzausgleich.

**Ein Gutachten des Staatssekretärs a. D. Dr. Popitz.**

— Berlin, 5. Januar.

Der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Popitz veröffentlicht ein Gutachten über die Ausgestaltung des endgültigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die wichtigsten Vorschläge, von deren Durchführung Staatssekretär a. D. Dr. Popitz die Wiederherstellung einer wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden erhofft, sind: Aufstellung einer festen gemeindlichen Finanzordnung; Schaffung eines übersichtlichen und ausreichenden Gemeindesteuersystems, das dem gemeindlichen Bedarf einigermaßen entspricht; Gewährung von Zuschüssen an die leistungsschwachen Gemeinden.

Zur Begründung und in Erläuterung dieser Vorschläge macht Staatssekretär a. D. Dr. Popitz im Schlußkapitel seines Gutachtens folgende Ausführungen:

„Ein befriedigender Finanzausgleich kann nicht von oben nach unten gestaltet werden. Kernpunkt eines Finanzausgleichplans ist nicht die Ordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Die eigentlichen Partner des Finanzausgleichs sind der Staat auf der einen Seite und Gemeinden und Gemeindeverbände auf der anderen Seite. Mit der Zusammenfassung von Ländern und Gemeinden und mit ihrer Gegenüberstellung zum Reich wird die Zäsur auf die falsche Stelle gelegt. Der Finanzausgleich muß vielmehr von unten nach oben aufgebaut werden. Es bedarf zunächst der Regelung für den Unterbau der gesamten staatlichen Organisation.

Dem bestehenden Finanzausgleich fehlt seine Voraussetzung, ein brauchbares Gemeindesteuersystem, das auf die Eigenschaft der Gemeinden als Selbstverwaltungskörper Rücksicht nimmt. Die Hauszinssteuer — sowohl Wohnbau- wie Finanzanteil — ist ein Danaergeschenk für die Gemeinden gewesen. Eine Lösung der Gemeinden von der Hauszinssteuer ist nötig. Der Grundsatz, daß die Gemeinden möglichst alle örtlich und regional sich auswirkenden Aufgaben in Selbstverwaltung lösen sollen, ist durch die dreiphasige Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge durchbrochen worden. Das Ergebnis ist eine verwaltungstechnisch unvollkommene, unrationelle und verhältnismäßig teure Lösung der Aufgabe, die über Deutschland hereingebrochene Wirtschaftskrisis zu überstehen. Die Gemeinden müssen wieder Träger der gesamten Erwerbslosenfürsorge werden, anstatt sie mit einem Teil dieser Aufgabe zu belasten, ohne für eine geregelte Finanzierung der allgemein übermäßig gestiegenen und lokal verschiedenartig drückenden Last Sorge zu tragen.

Gemeinden, die nicht mit rechtlich genau umgrenzten Zuweisungen des Staates rechnen können, sondern nach dem Ermessen der Zentralbehörden alimentiert werden, sind keine Träger von Selbstverwaltungsrechten mehr."

Für einen künftigen Finanzausgleich werden eine Reihe organisatorischer Forderungen aufgestellt: Unvereinbarkeit der Gemeindebeamtenschaft mit der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung. Die Vertretungen der Kreise und Provinzen sollen wieder in Zusammenhang mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden gebracht werden. Den Unterbau des Staates sollen in erster Linie die Stadt- und Landkreise bilden, die letzteren als Zusammenfassung der kleineren Gemeinden, die als Lastenträger für einen erweiterten Aufgabenkreis zu schwach sind. Voraussetzung für eine geordnete Finanzgebarung der Gemeinden bilde eine rechtliche Regelung der Formen kommunaler Finanzwirtschaft.

Den Kernpunkt des neuen, von Dr. Popitz befürworteten Gemeindesteuersystems bildet eine sogenannte Wohnsteuer, die alle Wohnungen mit 10 Prozent der Miete gleichmäßig treffen soll. Zum Ausgleich will Dr. Popitz die Hauszinssteuer entsprechend senken, doch ist dieser Vorschlag inzwischen wohl dadurch überholt, daß die letzte Notverordnung mit dem etappenweisen Abbau der Hauszinssteuer begonnen hat und die sofortige Ablösung der Hauszinssteuer gestattet. Die Grundsteuer will Dr. Popitz dadurch mildern, daß der Staat auf die Besteuerung des landwirtschaftlich genutzten Grundstücks verzichtet und damit den ländlichen Gemeinden größere Bewegungsfreiheit gibt. Die Gewerbesteuer soll wesentlich herabgesetzt werden. Die Bürgersteuer soll neben der Wohnsteuer nur noch die Personen treffen, die nicht wohnsteuerpflichtig sind. Die Getränkesteuern einschließlich der Biersteuer sollen vom Kleinhandelspreis beim Ausschank der Getränke zum Genuß an Ort und Stelle erhoben werden. Der Steuersatz soll 10 Prozent betragen.

Soweit nun auch dieses Gemeindesteuersystem die Erfüllung aller Aufgaben nicht ermöglicht, will Dr. Popitz mit Staatszuschüssen einspringen, jedoch sollen die Ueberweisungssteuern durch Finanzzuweisungen ersetzt werden. Auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge macht sich Dr. Popitz die von vielen Kommunalverbänden erhobene Forderung nach Beseitigung der Dreiteilung zu eigen.

# Kriegsschäden bezahlt

## Frankreich hatte 13,5 Milliarden Mark zu fordern und hat 19 Milliarden erhalten.

— Berlin, 5 Januar.

**Die Reichsregierung trifft die letzten Vorbereitungen für die Tributkonferenz in Lausanne und die Abrüstungsverhandlungen in Genf. Die Vorberatungen werden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Wie verlautet, wird Deutschland auf der Reparationskonferenz in Lausanne durch Reichskanzler Dr. Brüning sowie Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warmbold vertreten werden.**

Im Hinblick auf die Lausanner Konferenz und die vielfach voneinander abweichenden Angaben über die bisherigen Leistungen Deutschlands sowie die Kosten des französischen Wiederaufbaues wird amtlicherseits festgestellt, daß nach Anlage 14 zum französischen Haushaltsentwurf für 1932 die gesamten Aufwendungen für den Wiederaufbau des Kriegsgebietes 98 Milliarden Papierfranken betragen. Nach Abzug der Schäden an öffentlichem Eigentum in Höhe von 5,8 Milliarden und der Zins- und Verwaltungskosten mit 12,5 Milliarden Papierfranken verblieben demnach tatsächliche Wiederaufbaukosten in Höhe von 79,6 Milliarden Papierfranken oder 13,5 Milliarden Mark. Diese Summe stelle den Betrag dar, den Deutschland auf Grund seiner Zustimmung zur Lansingnote vom 15. November 1918 Frankreich zu erstatten habe.

Abgesehen vom französischen Haushaltsplan habe die vorstehend errechnete Ziffer eine weitere Bestätigung durch den französischen Minister für öffentliche Arbeiten erfahren, der im September 1931 in einem Vortrag Wiederaufbaukosten in Höhe von 80,1 Milliarden Papierfranken errechnet habe.

**Diesem Anspruch Frankreichs auf deutsche Leistungen stehe nun eine Zahlung Deutschlands gegenüber, die amerikanischerseits mit 38,4 Milliarden Mark errechnet worden sei. Da Frankreich bisher von den deutschen Tributen etwas mehr als die Hälfte erhalten habe, habe Frankreich insgesamt von Deutschland bereits rund 19 Milliarden Mark vereinnahmt, während es Anspruch auf höchstens 13,5 Milliarden Mark hätte geltend machen können. Es ergebe sich also, daß Deutschland den Wiederaufbau der französischen Kriegsgebiete bereits mehr als nötig bezahlt hat.**

### Abwartende Haltung der Bankiers?

Der Berliner Berichterstatter der Londoner „Times" berichtet, die an den Stillhalteverhandlungen beteiligten ausländischen Ausschüsse wollten sich Wege offenhalten, um die Sicherstellung ihrer Forderungen durch die Tributkonferenz zu ermöglichen. Verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Bankiers vor dieser Konferenz kein endgültiges Abkommen unterzeichnen würden. Sie würden stets den Standpunkt einnehmen, daß ein solches Abkommen von der Regelung gewisser Punkte auf der Tributkonferenz abhängig sei und nur für einige Monate in Kraft bleiben könne, sofern es nicht auf einer späteren Tagung nochmals ausdrücklich bestätigt werde.

## „Krieg bis zum Ende."

**Gandhi und Präsident Patel in das Yerarda-Gefängnis eingeliefert. — Indien zu äußersten Opfern aufgefordert.**

London, 5. Januar.

**Die zuerst von russischer Seite gemeldete Wiederverhaftung des indischen Nationalführers Gandhi wird jetzt amtlich bestätigt. Danach sollte Gandhis Verhaftung ursprünglich während der Eisenbahnfahrt von Bombay nach Ahmedabad erfolgen. Als der Mahatma dann aber auf den Antritt dieser Reise verzichtete, schickten die Engländer sechs Polizeioffiziere in die Wohnung Gandhis, die ihn dort aus dem Bett heraus verhafteten. Gandhi war von dem Erscheinen der Polizei keineswegs überrascht. Er nahm Abschied von seinen Angehörigen, schrieb einen Brief an den Präsidenten des Allindischen Kongresses Patel und bestieg dann, heiter und gefaßt wie immer, den Kraftwagen, der ihn in das Yerarda-Gefängnis bei Poona brachte.**

**In das gleiche Gefängnis wurde später auch Präsident Patel eingeliefert.**

Der Haftbefehl gegen Gandhi und Patel stützt sich auf ein Gesetz aus dem Jahre 1827 und sieht eine Art Schutzhaft vor. Eine Aburteilung vor Gericht wird nicht erfolgen. In ähnlicher Weise war der Mahatma schon vom 5. Mai 1930 bis Januar 1931 in einem Gefängnis untergebracht.

Gandhis Brief an Präsident Patel, in Unkenntnis von dessen gleichzeitiger Verhaftung abgefaßt, hat folgenden Wortlaut: „Lieber Vallabhai, unermeßlich ist Gottes Gnade. Bitte, ermahne das Volk, niemals den Weg der Wahrheit und der Gewaltlosigkeit zu verlassen und stets bereit zu sein, das Leben und alles hinzugeben, um die Selbständigkeit zu gewinnen."

**Präsident Patel richtete folgende Abschiedskundgebung an Indien: „Diesmal wird es einen schweren Krieg bis zum Ende geben. Ich hoffe, die Nation wird bereit sein, die äußersten Opfer zu bringen, aber den Weg der Gewaltlosigkeit niemals verlassen."**

**Nach der Verhaftung Gandhis erließ die indische Regierung vier weitere Verordnungen, wodurch die Tätigkeit des Indischen Nationalkongresses noch mehr unterbunden wird. In Bombay schlossen die Börse und der Markt zum Zeichen der Trauer. Mehrere Städte folgten diesem Beispiel.**

An Stelle des verhafteten Vallabhai Patel ist Babu Rajendra Prasad aus Behar mit der Leitung der Kongreßtätigkeit beauftragt worden.

Die Kongreßführer in Bombay haben einen Trauerfeiertag erklärt, der in ganz Indien bis nach Burma von den Nationalisten mit Ausnahme der Mohammedaner streng befolgt wird. In Delhi und in anderen Städten fühlt man besonders stark die Spannung in ganz Indien. Die Läden und eine große Zahl von Spinnereien sind geschlossen. Es haben auch schon einige Protestdemonstrationen stattgefunden, bisher aber ist es noch zu keiner Störung der öffentlichen Ordnung gekommen.

## Laval antwortet Macdonald.

**Berthelot in England. — Frankreichs Vertagungswünsche erwecken Besorgnis.**

— London, 5. Januar.

**Der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Berthelot, ist in London eingetroffen. Es scheint, daß der französische Wunsch, die Konferenz von Lausanne um einige Tage aufzuschieben, der englischen Regierung Besorgnisse einzuflößen beginnt. Man befürchtet, daß entweder die Zeit für die Regierungskonferenz sich als zu kurz oder ein längerer Aufschub der Abrüstungskonferenz sich als nötig erweisen werde.**

Von französischer Seite wird zu dem Besuch Berthelots mitgeteilt, Generalsekretär Berthelot werde in London die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands vorbereiten und sich ebenso um die Fortführung der Finanzverhandlungen zwischen beiden Ländern bemühen. Außerdem werde Berthelot seinen Besuch dazu benutzen, um mit den führenden englischen Kreisen über die bevorstehende Abrüstungskonferenz Fühlung zu nehmen.

In diesem Zusammenhang werde auch das französisch-russische Nichtangriffsabkommen erörtert werden, worüber Berthelot der englischen Regierung einige Aufklärungen unterbreiten werde.

**Die Gerüchte, daß die Zusammenkunft zwischen Laval und Macdonald bereits am kommenden Sonnabend stattfinde, werden von französischer Seite als falsch bezeichnet. Man erklärt, daß die Zusammenkunft nicht vor dem Zusammentritt der Sachverständigen der beiden Länder stattfinden wird. Ministerpräsident Laval habe übrigens vor einigen Tagen auf das Schreiben des englischen Ministerpräsidenten geantwortet.**

Das englische Kabinett dürfte im Verlaufe einer seiner nächsten Sitzungen auch einen Bericht des britischen Vertreters im Baseler Gutachter-Ausschuß entgegennehmen. Wie der „Daily Herald" dazu berichtet, wird dieser Bericht Sir Walter Laytons davon ausgehen, der Youngplan sei völlig unbrauchbar geworden und könne nicht durchgeführt werden. Die Verkürzung des Zahlungsausgleichs genüge nicht, sondern es sei eine vollständige Außerkraftsetzung und radikale Aenderung des Youngplans notwendig. Die Wiederaufnahme der Youngplanzahlungen sei in absehbarer Zeit gänzlich unmöglich. Deutschland könne nicht einmal die geschätzten Zahlungen zusammenbringen, und von einem Transfer könne keine Rede sein.

### Blutige Zwischenfälle in Spanien.

Madrid, 5. Januar.

**In Epila in der Provinz Saragossa versuchten mehrere hundert Arbeiter, gewaltsam die Zuckerfabrik stillzulegen. Als die Guardia Civil einschritt, wurde sie von der Arbeiterschaft mit scharfen Schüssen empfangen. Das Feuer wurde erwidert. Zwei Arbeiter wurden erschossen, einer schwer verletzt. Zwei Priester, die in Lamiaco bei Bilbao einen Spaziergang machten, wurden von Arbeitslosen durch Schüsse aus dem Hinterhalt schwer verletzt.**

# Ablösung der Hauszinssteuer.

**Die Vorteile für den Hauseigentümer.**

Die Durchführungsbestimmungen für die Ablösung der Hauszinssteuer, die der Zustimmung des Reichsrats bedürfen, sind zur Zeit in Vorbereitung. Wenn auch die Ablösung erst für die zum 1. April 1932 ab fällig werdende Hauszinssteuer gilt, so tut der Hauseigentümer doch gut daran, schon jetzt die für ihn in der Ablösung liegenden Vorteile zu errechnen. In dieser Richtung sei zunächst nur auf folgendes Beispiel hingewiesen:

Die Gebäudeentschuldungssteuer möge für ein Haus vom Rechnungsjahr 1932 ab 2000 Mark jährlich betragen. Dann würde der Hauseigentümer, der von der Ablösungsmöglichkeit keinen Gebrauch macht, bis zum Fortfall der Steuer noch insgesamt 12 000 Mark zu entrichten haben.

**Der Eigentümer, der ablöst, hat dagegen, wenn er bis zum 31. März 1932 zahlt, nur 6000 Mark, wenn er nach diesem Zeitpunkt zahlt, nur 7000 Mark als Ablösung zu entrichten. Den gezahlten Ablösungsbetrag kann er bei Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens in Abzug bringen. Die Ersparnisse an Einkommensteuer und an laufender Gebäudeentschuldungssteuer erreichen, wenn man die Verzinsung einer etwa aufgenommenen Ablösungshypothek einmal unberücksichtigt läßt, schon im Jahre 1934 die Höhe des Ablösungsbetrages.**

Reichsgesetzlich ist ferner sichergestellt, daß Grundstücke, für die die Hauszinssteuer abgelöst ist, zur Grundsteuer mit keinem höheren Satz herangezogen werden dürfen, als die entsprechenden anderen, noch hauszinssteuerpflichtigen Grundstücke.

Da im übrigen auch bei Zahlung des Ablösungsbetrages nach dem 31. März 1932 die jeweils bis zur Zahlung fällig gewordenen Steuerbeträge mit zu entrichten sind, liegt eine möglichst frühzeitige Zahlung der Ablösung im Interesse der Eigentümer.

# Der russisch-französische Pakt.

**„Echo de Paris" erwartet baldigen Abschluß der Verhandlungen.**

— Paris, 5 Januar.

**Pertinax vom „Echo de Paris", der kürzlich den angeblichen Inhalt des französisch-russischen Entwurfs eines Nichtangriffsvertrages bekanntgegeben hat, rechnet jetzt mit einem baldigen Abschluß der Verhandlungen. Generalsekretär Berthelot und der russische Botschafter Dowgalewski hätten sich bereits im Dezember über die Schaffung einer Ausgleichskommission geeinigt. Mit der Tätigkeit dieser Kommission trete das Abkommen in Kraft.**

Als Vorbild habe man das deutsch-russische Abkommen vom 25. Januar 1929 genommen. Die Kommission werde abwechselnd in Paris und Moskau tagen und zum ersten Male zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Paktes in Moskau. Sie werde sich aus je zwei Vertretern der beiden Staaten zusammensetzen, wobei die Präsidentschaft in den Händen eines französischen Diplomaten liege, wenn die Sitzungen in Paris stattfinden und umgekehrt. Eine gewöhnliche Sitzung des Ausschusses sei jährlich einmal vorgesehen, doch stehe es den beiden Regierungen frei, eine außerordentliche Sitzung zu verlangen, sobald sie diese für gegeben erachten.

Wie das Blatt weiter mitteilt, hängt die Inkraftsetzung des Vertrags im übrigen noch von dem Abschluß eines polnisch-russischen und eines russisch-rumänischen Nichtangriffsvertrages ab. Hier herrschen aber noch gewisse Schwierigkeiten, zumal Polen wiederum den baltischen Staaten versprochen zu haben scheint, ohne sie kein Abkommen mit Rußland abzuschließen.

# Schneeschmelze bringt Hochwasser

**Ueberschwemmungen überall. — Dammbruch im Oberharz. Sturm in Bayern.**

Die plötzliche Schneeschmelze, die in vielen Teilen Deutschlands noch von einem Dauerregen begleitet war, hat mehrfach große Ueberschwemmungen verursacht.

**So führen im Oberharz fast alle Bergflüsse Hochwasser. Gewaltige Wassermengen stürzen zu Tal und führen große Eisstücke mit sich. Oberhalb der Oberförsterei Altenau staute sich das Eis, und in kurzer Zeit war die Gegend überschwemmt. Auf der Bahnstrecke nach Goslar ruht der Verkehr. Zwischen Lautenthal und Lindtal ist ein Dammbruch durch Wasserunterspülung entstanden. Infolgedessen konnten bisher die Züge von Goslar den Oberharz nicht erreichen. Der Verkehr wird durch Pendelzüge aufrechterhalten.**

Im Riesengebirge regnete es in den letzten Stunden ununterbrochen. Im Tal und in den Vorbergen ist der Schnee vollständig verschwunden, nur auf dem Kamm liegt noch eine Schneedecke von etwa 30 Zentimetern Stärke.

In Sachsen ist der Chemnitz-Fluß, dessen Normalwasserstand 40 Zentimeter beträgt, auf 2,50 Meter gestiegen. In den Niederungen ist die Chemnitz bereits über die Ufer getreten. In Glösa sind mehrere Wohnbaracken gefährdet.

**Ueber München ging ein heftiger Sturm nieder. Von Zeit zu Zeit peitschten starke Regenböen durch die Straßen. Die Temperaturen lagen beträchtlich über Null und räumten mit dem letzten Schnee auf. In den bayerischen Bergen hat das plötzlich einsetzende Tau- und Regenwetter viele Wintersportveranstaltungen unmöglich gemacht. Aus dem Bayerischen Wald kommen Hochwassermeldungen, nachdem am Sonnabend früh die Temperatur noch minus 28 Grad betragen hatte!**

## Dammbruch bei Kehl.

In den Schwarzwaldtälern ist die Schneedecke gleichfalls vollständig geschwunden. Da am Sonntag bei Föhnwind Regen fiel, ist ein großer Teil der Schwarzwaldflüsse über die Ufer getreten. Bei Appenweier ist der Bahndamm an einer Stelle unterspült, so daß der Verkehr auf der Linie Appenweier—Kehl gestört ist. Die Schnellzüge Paris-Kehl-Appenweier werden über Wintersdorf geleitet.

**Durch die starken Regenfälle und die Schneeschmelze wälzte die Kinzig gewaltige Wassermassen mit sich, die nicht nur das alte Kinzig-Bett, sondern auch das neu geschaffene Flußbett füllten. In der Nähe von Neumühl wurde der Eisenbahndamm in einer Länge von 20 bis 25 Metern völlig weggespült, so daß nur noch die Schienenstränge stehen und frei in der Luft hängen. Durch die stetig steigenden Wassermassen befürchtet man, daß weitere Teile des Dammes weggespült werden.**

*

## 2000 Familien obdachlos.

— London, 5. Januar.

**In Schottland sind infolge andauernder heftiger Regenfälle bei Glasgow die Flüsse über die Ufer getreten und haben große Teile der Stadt und der Umgebung überschwemmt. 2000 Familien sind dadurch obdachlos geworden. Der Clyde-Fluß stieg so schnell, daß in kürzester Zeit das Wasser in den anliegenden Straßen zwei Meter hoch stand. Polizei und Feuerwehrleute retteten Frauen und Kinder aus den Häusern. Die elektrischen Kraftwerke befinden sich in Gefahr. Die Feuerwehr hat große Pumpen aufgestellt, die die Anlagen dauernd von dem einströmenden Wasser freizupumpen versuchen. In der Grafschaft Ayr ist der Eisenbahnverkehr unterbunden.**

# Max Sklarek erneut untersucht.

**Sein Gesundheitszustand bedeutend verschlechtert.**

— Berlin, 5. Januar.

Im Sklarekprozeß brachte der erste Verhandlungstag im neuen Jahre eine kleine Ueberraschung. Auf eine Bemerkung seitens der Verteidiger der Sklareks hin erklärte der Vorsitzende, das Gericht habe eine nochmalige ärztliche Untersuchung des Angeklagten Max Sklarek veranlaßt, weil der Sachverständige zu Beginn des Prozesses gesagt habe, es müsse mit einem baldigen Ableben Max Sk[illegible] rechnet werden; inzwischen sei aber ein Vier[illegible] gangen. Aus dem jetzigen Gutachten habe er [illegible] gewonnen, daß sich Max Sklareks Gesundheits[illegible] deutend verschlechtert habe.

Darauf trat das Gericht wieder in die Erö[illegible] umfangreichen Wechselgeschäfte der Sklareks mit [illegible] liner Stadtbank ein.

# Der Ausweg aus der Kri[illegible]

**Der Erzbischof von Canterbury für Aufhebung der [illegible] schulden und Tribute.**

In einer Predigt, die durch den Rundfunk von [illegible] thedrale von Canterbury aus übertragen wurde, [illegible] Erzbischof von Canterbury:

„In diesem neuen Jahre sind England und die [illegible] der in ein Dickicht der ernstesten und schwierigst[illegible] bleme verwickelt. Der Geist, der den Weg zu einer [illegible] und dauernden Regelung gewinnen wird, wird [illegible] sein, der sich an die Gebote Gottes und seines [illegible] hält. Diese Wahrheit drückt sich auf dem Gebiet [illegible] nationalen Beziehungen durch die unbarmherzige [illegible] Tatsachen aus. Die wirtschaftlichen Verwirrungen, [illegible] rungen sind in sich schon der Beweis, daß wir [illegible] Körper sind. Nur wenn diese Wahrheit zur Grund[illegible] internationalen Politik gemacht wird, können die [illegible] gelöst werden. Wenn der Geist des selbstsüchtigen [illegible] lismus vorherrschen sollte, dann gibt es keinen Aus[illegible]

# Festsetzung der Zinssätze.

**Vor der Unterzeichnung des Abkommens.**

Die Verhandlungen zwischen dem Reichskommi[illegible] das Bankwesen und den Verbänden der Kreditwirts[illegible] trotz der Feiertagsruhe in den letzten Wochen mit [illegible] trieben wurden, sind nunmehr so gut wie abgeschlo[illegible] Vertrag, der die Spitzenverbände zur Einhaltung [illegible] Grund der letzten Notverordnung durchzuführenden [illegible] maßnahmen verpflichtet, ist in seinen Grundzügen [illegible] den meisten Einzelheiten fertiggestellt. Die Unterz[illegible] wird am kommenden Donnerstag erfolgen. Zur Durch[illegible] rung des Zinsabkommens wird in Berlin ein „[illegible] Kreditausschuß" geschaffen werden, in dem die Verbän[illegible] Kreditwirtschaft paritätisch vertreten sind. Dieser [illegible] ausschuß wird die einzelnen Zinssätze festzustellen ha[illegible]

## Die Jagd nach den Rundfunkstörern

— Berlin, 5. Janu[illegible]

Die Untersuchung wegen der Störung der Silvester[illegible] des Reichspräsidenten hat einer der beiden zur Verne[illegible] nach dem Polizeipräsidium gebrachten Telegraphen[illegible] sein Alibi einwandfrei nachweisen können und muß[illegible] folgedessen wieder entlassen werden. Jetzt hat man [illegible] dritten Mann — ebenfalls einen Telegraphenarbeiter — Vernehmung herbeigeholt.

## Kein Sicherheitspakt mit Frankreich

**Castle warnt vor übertriebenen Hoffnungen auf die [illegible] rüstungskonferenz.**

— Neuyork, 5. Janu[illegible]

**Unterstaatssekretär Castle warnte in einer Rede in [illegible] york vor übertriebenen Hoffnungen auf die Abrüstungs[illegible] ferenz, weil die Vereinigten Staaten „wenig zum Ein[illegible] deln hätten". Die Regierung der Vereinigten Staaten [illegible] entschieden ihre Unterschrift unter einen Sicherheitspak[illegible] Frankreich oder andere europäische Staaten ab. Eine Si[illegible] heit durch gegenseitige Unterstützung sei nicht möglich. [illegible] schloß: „Es hat keinen Krieg gegeben und wird nie[illegible] einen Krieg geben, in dem die Kriegsschuld ohne Zw[illegible] einer Nation aufgebürdet werden kann."**

# Karl der Große

**ROMAN VON WOLFGANG MARKEN.**

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERL. OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(6. Fortsetzung.)

„Allerdings, det is so, mein Junge. Det schmeckt nen Blinder. Große kann würzen. Das kriege ich selber, dem der Geschmack schon zum Teil abhanden gekommen ist, weg. Die Wurst ist prima. Jetzt wart ich aber erst ab, was unsere Kunden sagen. Auf die kommt's an. Jedenfalls ist die Wurst herzhaft. Unsere Sardellenleberwurst schmeckte immer so weichlich. Haste die mal gekostet? Die hier! Was ist das für ein Aroma! Koste mal. Nee, nee, alle Achtung. Wenn der Junge so weiter macht, dann ist er mein Mann."

„Willst du uns diesen Wunderknaben nicht mal vorstellen?"

„Uns? Wen beziehst du da mit ein?"

„Nun, Steinicke!"

„Deinen Prokuristen! Stimmt, ihr seid ja dicke Freunde. Ich komme nachher schon mal rein zu euch. Jetzt kann ich ihn nicht stören."

„Der hohe Herr geruht wohl zu essen?"

„Jawoll! Und er hat 'ne Tonne Bier zum Einstand gegeben. Wenn du die Nase einmal durch das Fenster gesteckt hättest, dann würdest du es gesehen haben. Ich geh jetzt runter. Komm mal mit in den Speiseraum zu den Gesellen."

„Du weißt, daß ich mich mit dem Plebs nicht gemein mache," sagte Manfred mit Naserümpfen.

Bolle erwiderte nichts darauf. Aber der Blick, der Manfred traf sprach beredt: „Dummer Junge!"

Bolle erhob sich, nachdem Manfred das Zimmer verlassen hatte und schickte sich an, hinunterzugehen. Aber Schrippe trat ein.

Er kaute mit vollen Backen.

„Nu, Schrippe, wat lagste nu?" fragte Bolle stolz.

„Wem die nicht schmeckt, dem is nicht zu helfen! Aujust, den Große, den halt dir warm. Meine Frau hat 'n Narren an ihm gefressen."

Bolle schmunzelte und schritt Arm in Arm mit seinem Vertrauten hinunter in den Hof. Sie traten in den Speiseraum, in dem Stimmung herrschte. Als man des Chefs ansichtig wurde, war alles ruhig und gespannt.

„Herr Große," rief Bolle durch den Raum und zwinkerte vergnügt mit den kleinen Aeuglein. „Sie schmeckt mir ausgezeichnet. Ich denk, der Kundschaft wird's nich anders gehen."

Die Gesellen schmunzelten bei Bolles Worten, in Großes Antlitz war herzliche Freude.

„Schönsten Dank, Herr Bolle!" sagte er laut. „Darf ich Sie bitten, einen guten Schluck mit uns allen zu tun? Wir wünschen allesamt, daß die Firma Bolle mit ihrer Ware an der Spitze marschiert."

„Det will ich, Herr Große!"

Dem Chef wurde ein Glas Bier gereicht und er stieß mit Große und den Meistern an, daß die Gläser klangen.

Er blieb in flotter, launiger Unterhaltung mit ihnen zusammen, bis der Lehrling aus dem Kontor, Fritze Stürzler, ein langaufgeschossener Kerl mit verschmitzten Zügen, erschien.

„Herr Bolle, der Herr Sperling is da."

Bolle spitzte die Ohren. Der Herr Sperling war der Reisende der Firma. Das paßte glänzend.

Bolle verabschiedete sich von Große und seinen Leuten und schritt nach seinem Kontor zurück.

Dort wartete Herr Sperling auf ihn, ein hünenhafter Mann, der wie ein Bierverleger aussah.

„Morgen, Herr Bolle!"

„Morjen, Herr Sperling! Nun, wie schaut's?"

Sperling zog ein betrübtes Gesicht. „Mies, Herr Bolle! Ich weiß man nicht, was das bedeuten soll, daß die Leute unsere Wurst nicht mehr mögen."

Bolle schien von diesen Worten durchaus nicht unangenehm berührt. Im Gegenteil, er schmunzelte vergnügt und zwinkerte mit den Aeuglein. Das war bei ihm immer ein Zeichen von guter Laune.

„Det wissen Sie nich, Herr Sperling? Nu, ich weiß es jetzt. Das liegt an der Ware. Unsere Wurst hat nischt mehr getaugt."

„Aber Herr Bolle . . .!" sagte der Reisende entsetzt.

Doch Bolle nickte nur vergnügter. „Glauben Sie's mir, man, Herr Sperling, unsere Wurst hat nischt getaugt. Ich sage: hat! Denn von heute ab ist sie wieder prima prima! Ich habe 'nen neuen Betriebsleiter!"

„Ah!" sagte Sperling interessiert.

„Jawoll! Und der kann würzen! Der hat die Kurve raus. Kosten Sie mal die Wurst, Herr Sperling."

Bolle wies dabei auf die Wurstenden, die auf dem Teller lagen.

Sperling kam der Aufforderung sofort nach und [illegible] die einzelnen Sorten mit Kennermiene. Gespannt [illegible] Bolle auf die Antwort.

Er war befriedigt, denn das Mienenspiel Sperlings [illegible] beredter, als es tausend Worte vermocht hätten au[illegible] drücken.

Schließlich sagte Sperling entzückt: „Das is ne W[illegible] Herr Bolle! Damit schlagen wir jede Konkurrenz!"

Bolle schlug sich auf die Schenkel, daß es klatschte.

„Det mein ich auch! Wissen Sie was, Herr Sper[illegible] morgen gehen Sie wieder auf Tour und sagen unsere Kunden: Bolles Wurst taugt wieder was. Verstanden, [illegible] Sperling?"

„Jawoll, Herr Bolle!"

„Un wir hier werden auch nich faul sein. Ich la[illegible] jedem unserer Kunden eine Wurstprobe zu. Heute [illegible] aber morgen. Und schreib ihnen ein paar Worte. [illegible] gestern in der Kartothek nachgesehen. Rund 250 Kun[illegible] sind uns abgesprungen. Die müssen wir wiedergewinnen. [illegible] wäre gelacht. Mit die Wurst!"

Ueber eine halbe Stunde blieb der Reisende bei Bolle [illegible] besprach mit ihm alles.

Bolle ließ den Prokuristen Steinicke rufen.

Der elegante Herr Steinicke kam sofort, nicht ohne [illegible] wunderung, denn sonst wickelten sich alle Geschäfte zwi[illegible] ihm und Manfred ab.

„Morgen, Herr Bolle!"

„Morjen, Herr Steinicke. Also . . . was ich Ihnen sa[illegible] wollte: Unsere Wurst taugt wieder was!"

Steinicke machte ein verdutztes Gesicht.

„Die Bollesche Wurst war immer gut."

Bolle schüttelte den Kopf. „Nee, det stimmt nich. D[illegible] sonst wären uns die Kunden nicht weggelaufen."

„Wir haben nicht genug Propaganda gemacht, H[illegible] Bolle."

„Propaganda is jut! Det seh ich ein. Aber . . . die Hau[illegible] sache ist die Ware. Hunderttausend Taler könnten uns [illegible] retten, wenn die Wurst nichts taugt. Also jetzt is die W[illegible] wieder gut, un wir müssen das unseren Kunden plausi[illegible] machen."

„Ich verstehe Sie, Herr Bolle. Sie wünschen, daß ich e[illegible] großaufgezogene Propaganda einleite."

„Groß aufgezogen? Bewahre! Ganz einfach. Nee, [illegible] nicht so 'n Tamtam und viele Schreiberei. Det lesen un[illegible] Kunden nich. Da haben die gar keine Zeit nicht. Nee, [illegible] Wurst muß sprechen."

(Fortsetzung folgt.)

# Aus der Heimat

Spangenberg, den 5. Januar 1932.

## Die Jagd im Januar.

Wer nur Jäger ist, um „Fleisch zu machen" — die weidgerechte Jägerei nennt solche Leute Ausjäger —, der wird im Januar wenig auf seine Kosten kommen. Der Hartung bedeutet nämlich den Beginn der stillen Zeit, die zu unrecht von denen, denen die Bedeutung des deutschen Weidwerkes noch nicht richtig aufgegangen ist, auch tote Zeit genannt wird. Eine tote Zeit aber gibt es im Leben eines braven Grünrocks nicht, denn die Weidgerechtigkeit verlangt von ihm, daß er sich dauernd um sein Revier kümmert und um sein Wild, das gerade in der stillen Zeit den größten Gefahren ausgesetzt ist.

Solche Gefahren drohen ihm in erster Linie von der Witterung. Gerade der Januar ist da recht häufig ein recht übler Geselle. Erinnern wir uns! 1928, um die Weihnachtszeit, hatten wir nach einem Winter, der gar keiner war, geglaubt, wir seien über den Berg hinüber, wähnten, daß es nun „nicht mehr so schlimm werden könne" und rechneten mit einem baldigen Frühjahr. Wir verrechneten uns, wir bekamen einen Spätwinter von solch sibirischer Strenge und solcher Ausdauer, daß Hekatomben von Wild der grausamen Kälte zum Opfer fielen, und ein großer Teil davon kam auf den Januar. Wir wollen um des Himmels willen nicht annehmen, daß uns nach dem bisherigen Verlauf des Winters mit seiner relativen Milde der Januar des neuen Jahres eine „Bescherung" wie im Jahre 1929 bringt, aber mit der Möglichkeit müssen wir rechnen, und darum baut der kluge Jägersmann vor.

Wer es bis jetzt trotz aller Mahnungen und Warnungen noch nicht über sich gebracht hat, seine Schüttungen und Fütterungen in Ordnung zu bringen, der gehe jetzt unverzüglich ans Werk und beginne, seinem Wild wenigstens einen bescheidenen Tisch zu decken. Verfüttert werden am zweckmäßigsten, vorläufig, bis die Not wirklich kommen sollte, in kleinen Mengen, Kastanien, Eicheln, Kartoffeln, Rüben und Rübenschnitzel, Hafergarben, gutes trockenes Heu und Hinterkorn, und auf Wechseln und Pässen legt man Weichholzzweige aus, die vom Wilde gern geschält werden. Dieser „Speisezettel" soll durchaus nicht vollständig sein, die Hauptsache ist, daß etwas Derartiges oder anderes da ist, wenn ein Wettersturz kommen sollte. Das Wild weiß, wo es dann seinen Hunger stillen kann, und dann muß das Futter natürlich reichlich gegeben werden.

Eine andere Gefahr, der das Wild zur stillen Zeit ausgesetzt ist, bilden die Wilddiebe. Ein altes Sprichwort sagt: „Wenn die Katze nicht zu Hause ist, spielen die Mäuse auf dem Tisch." Darum muß der hegende Jäger sich soviel wie möglich im Revier aufhalten, muß immer wieder ganz unerwartet auftauchen, dann fühlen sich die, die mit Kartaune oder Schlingendraht die „stillen Teilhaber" spielen möchten, nicht mehr sicher und verzichten auf die Ausübung ihres unsauberen Handwerks.

Und noch eine Gefahr lauert: das Raubwild und das Raubzeug. Wildernde Hunde und Katzen können eine Jagd, soweit das Niederwild in Frage kommt, in erstaunlich kurzer Zeit ausräubern, und das Raubwild hat im Winter, namentlich im harten Winter, gute Tage, weil es das abgekommene, entkräftete Nutzwild mühelos erbeuten kann. Aus allen diesen Gründen hängt ein richtiger Jäger mit dem Jagdschluß die Flinte noch lange nicht an den Nagel, sondern er handelt so, wie es Th. Weiß in seinen beherzigenswerten Versen empfiehlt:

Schonzeit? Nicht für den fleißigen Jäger;
Ruhezeit? Nicht für den tüchtigen Heger;
Muß täglich gehn auf stillverschwiegnen Wegen,
Den Wilderern das dunkle Handwerk legen,
Muß füttern, ständig kurz das Raubzeug halten,
Getreulich seines Pflegeramtes walten — — —
Darf niemals unbekümmert müßig gehen,
Muß allenthalben nach dem Rechten sehen;
Und alle, die Reviere so betreuen,
Mit Weidmannsheil Sankt Hubert wird erfreuen.

Hat der hegende Jäger in diesem Sinne bisher seine Pflicht getan, und erfüllt er sie auch weiterhin, dann gibt es für ihn auch im Januar noch jagdliche Freuden, denen er sich mit gutem Recht hingeben darf. Mit dem Abschuß männlichen Rot- und Damwildes, der in Preußen früher bis zum 1. März gestattet war, ist es zwar jetzt dort vorbei, denn eine Ergänzungsverordnung zur Verordnung zum Schutze der Tier- und Pflanzenwelt vom 16. Dezember 1929 setzt mit sofortiger Wirkung den Beginn der Schonzeit für diese Wildgattung für den 1. Januar fest, und mit dem Januar oder im Verlauf dieses Monats beginnt auch vielerorts die Schonzeit für Hasen und in den meisten Ländern auch für Enten, aber Fasanenhähne sind noch frei und Wildgänse und weibliches Rot- und Damwild, während wiederum weibliches Rehwild in den meisten Ländern im Hartung geschont werden muß. Die Waffe braucht aber doch nicht ganz „auf Geschi" gesetzt zu werden, denn im verschneiten Winterwald rauschen die Sauen, und auf manchen Keiler wird noch mancher Pirschgang unternommen werden können. Und dann geht Reineke auf Freiers Füßen. Wie herrlich ist es, bei einer „Renen" auf dem weißen Schnee seine Fährte auszugehen, ihn mit Lampes Klagerufe zu betören oder ihn mit scharfen Erdhunden aus dem Bau zu sprengen und ihn dann im Hagel der Schrote zusammenrollen zu lassen! Das ist wahrlich schönes Januar-Weidwerk, das den Anfang bilden möge eines fruchtbaren Weidmannsjahres 1932!

---

✡ **Hochwasser.** Der plötzlich eintretende Wärmeeinbruch und der seit Sonnabend anhaltende Regen haben unsere Bäche, Bocke, Laude, Pfieffe und Esse über ihre Ufer treten lassen. Wiesen und Felder sind überschwemmt, weite Strecken sind unter Wasser gesetzt. Die tiefer gelegenen Landstraßen waren gestern vollständig überschwemmt und boten z. B. bei der „langen Eiche" „Eigenen Scholle" „Siechenhaus" einen einzigen See. Teilweise war das Wasser in die Keller eingedrungen. Die Bewohner bemühten sich ihre Kartoffeln und sonstigen Vorräte in Sicherheit zu bringen. Heute ist das Wasser etwas zurückgegangen.

× **Unfall.** Zwei Wanderburschen, die die Nacht im hiesigen Unterkunftslokal (städt. Wache) verbrachten, wollten sich Kaffee kochen. Zu diesem Zweck benutzten sie eine geschlossene Blechbüchse. Die sich entwickelten Dämpfe führten zu einer Explosion. Die beiden Kaffeekocher wurden im Gesicht verbrüht, sodaß sie die Hilfe der hiesigen Sanitätskolonne in Anspruch nehmen mußten. Möge dieser Vorfall zur Warnung dienen, beim Kochen nur Töpfe zu verwenden bei denen sich der Deckel beim Entwickeln der Dämpfe von selbst hebt.

× **Bergheim.** Durch Beschluß des Kreisausschusses ist das Gehalt unseres Bürgermeisters auf 400 Mk. festgesetzt worden.— Der Vorsitzende des Erwerslosenausschusses Herr Georg Adam hat sein Amt niedergelegt. Die aufgestellte Behauptung, das Amt wäre Adam entzogen worden, entspricht nicht den Tatsachen.

+ **Notverordnung über Sozialversicherung muß gemildert werden!** Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat zum Teil V der neuen Notverordnung über die Sozialversicherung Stellung genommen, wobei er die baldige Revision dieses Abschnittes fordert, um zum mindesten die rigorosesten Eingriffe in die Leistungspolitik der einzelnen Versicherungszweige rückgängig zu machen. Es heißt darin u. a.: Die Leistungen der deutschen Sozialversicherung bewegen sich ohnehin auf einem Niveau, daß zumeist von der Sicherstellung der notwendigsten Lebensbedürfnisse nicht gesprochen werden kann. Dennoch setzt die neue Notverordnung nicht nur den Abbau in der Krankenversicherung fort, sondern bezieht nunmehr auch die Unfallversicherung, die Invaliden- und die Angestelltenversicherung neu in diesen mit ein. Der Gewerkschaftsring verkennt nicht, daß durch die Wirtschaftskrise die meisten Versicherungsträger in finanzielle Bedrängnis geraten sind. Gleichwohl kann er nicht erkennen, daß Abhilfe nur von einem Abbau der Leistungen zu erwarten wäre, durch den tatsächlich nur immer größere Teile der Leistungsempfänger zur ergänzenden Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge gezwungen werden. Er fügt volldegründete Verbesserungsvorschläge an.

**Netze.** Ein schwerer Unfall hat sich morgens gegen 8 Uhr in der Nähe unseres Dorfes zugetragen. Vom Personenzug 3374, der um 7.48 Uhr auf dem Bahnhof Netze eintrifft, wurde auf offener Strecke der hier wohnhafte 33 Jahre alte Arbeiter E. überfahren. Dem Unglücklichen wurde das linke Bein oberhalb des Knies abgetrennt, außerdem erlitt er schwere Kopfverletzungen Der überfahrene wurde bald aufgefunden und mit einem Kraftwagen in das Corbacher städtische Krankenhaus übergeführt. Dort ist er seinen Verwundungen erlegen. Ob der Verunglückte nur zufällig auf das Gleis geraden ist, muß die Untersuchung klären. Das Zugpersonal hatte von dem Vorfall nichts bemerkt.

**Naumburg.** Bis heute ist es noch nicht gelungen, Licht in den mysteriösen Todesfall Siebert zu bringen. Wie erinnerlich, war der junge Mann tot an einer Straßenböschung aufgefunden worden, ohne daß man Anhaltspunkte für ein Verbrechen oder einen Unglücksfall feststellen konnte. Am vergangenen Mitwoch wurde unter großer Beteiligung der Naumburger Bevölkerung die Leiche des jungen Mannes zu Grabe getragen.

✡ **Wetterlage.** Bei Island ist ein neuer kräftiger Wirbel erschienen, der seinen Einfluß auch bei uns wieder geltend macht, doch kann vorerst mit Nachlassen der milden ozeanischen Luftzufuhr und vorübergehend, besonders nach Norden zu, mit Abkühlung gerechnet werden.

# Aus Stadt und Land.

* **Großfeuer in einer Dresdener Druckerei.** In der unmittelbarer Nähe des Dresdener Hauptbahnhofs gelegenen Buchdruckerei und Papierfabrik M. und R. Zocher brach ein Großfeuer aus, zu dessen Bekämpfung vier Löschzüge und ein Pionierzug in Tätigkeit treten mußten. Bei der Unübersichtlichkeit infolge des durch die lagernden Papiermengen sehr starken Qualms waren eine Zeitlang auch die umliegenden Baulichkeiten stark gefährdet, jedoch wurde die Wehr nach einigen Stunden des Feuers Herr. Verschiedene Wehrleute erlitten leichtere Rauchvergiftungen, zwei wurden durch Stichflammen im Gesicht und an den Händen erheblich verletzt.

* **Fabrikbesitzer wegen Steuerhinterziehung verurteilt.** Einer der angesehensten Bürger der norwegischen Stadt Bergen, der Fabrikbesitzer Kielsdal, der erst vor kurzem vom König von Norwegen die goldene Verdienstmedaille erhalten hatte, wurde wegen nachgewiesener Steuerhinterziehungen zu einer Geldstrafe von mehr als einer halben Million Kronen verurteilt.

* **Kassette mit 14 500 RM entwendet.** In Flörsheim drangen Diebe in das Schlafzimmer des Geflügelhofpächters Hart ein und entwendeten eine unverschlossene Kassette mit 14 500 RM Bargeld. Wahrscheinlich lag der 69jährige Hart schon zu Bett und schlief.

* **Cilly Aussem auf dem Wege der Besserung.** Das Befinden der Tennisweltmeisterin Cilly Aussem, die sich in München einer Blinddarmoperation unterziehen mußte, ist zufriedenstellend. Wenn sich keine weiteren Komplikationen einstellen, kann die Patientin das Krankenhaus Anfang oder Mitte nächster Woche verlassen.

* **Reichsdeutscher in Ostoberschlesien verhaftet.** Die Rybniker Polizei verhaftete einen gewissen Karl Dolla aus Stodoll im Bezirk Oppeln, der sich besuchsweise in Ostoberschlesien aufhielt. Dolla soll Heilrufe auf Hitler ausgebracht haben.

* **Raubmord im Saargebiet.** In Diefflen (Kreis Saarlouis) wurde die 63 Jahre alte Witwe Scherer in ihrem Bett tot aufgefunden. Der Kleiderschrank war durchwühlt. Zwischen der alten Frau und ihrem Mörder muß ein Kampf stattgefunden haben.

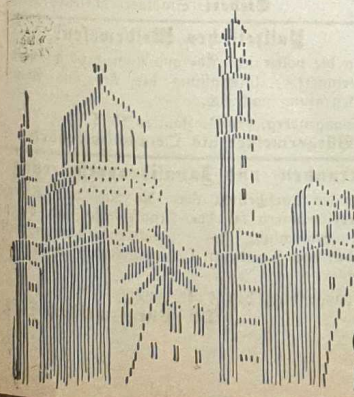
* **Trunkenbold ermordet seine Mutter.** In Sosnowice hat der 28jährige Anton Zuczinski, der als Trunkenbold bekannt ist, seine Mutter auf bestialische Weise ermordet. Zuczinski kam des Nachts mit einem Zechgenossen in die Wohnung seiner Mutter und mißhandelte sie, bis sie bewußtlos zusammenbrach. Dann schleppte der entmenschte Sohn die Mutter auf den Flur und stieß sie mit Fußtritten die Treppe hinunter. Die Mutter erlitt einen Schädelbruch, der ihren sofortigen Tod zur Folge hatte. Zuczinski und sein Begleiter wurden verhaftet.

* **Arturo Toscanini und Adolf Busch aus Amerika zurückgekehrt.** Arturo Toscanini, der berühmte italienische Dirigent und Leiter des Neuyorker Philharmonischen Sinfonieorchesters, ist mit seiner Familie an Bord des Hapagdampfers „Albert Ballin" aus Amerika zurückgekehrt. Mit ihm zusammen reiste der bekannte Geiger Professor Adolf Busch heim, der beim Neuyorker Eröffnungskonzert Toscaninis als erster Solist gespielt hat.

# Sport.

:: **Keine deutschen Eishockeyspieler nach Lake Placid** zu senden ist nun endgültig vom Deutschen Eislaufverband beschlossen worden. Nach dieser Absage bleiben für das Eishockey-Olympia nur Kanada, Amerika und Polen übrig. Zweifelhaft ist auch, ob Deutschland bei den Kunstlaufmeisterschaften vertreten sein wird. Dagegen gilt die Teilnahme an den Wettbewerben im Zweier- und Viererbob als sicher.

**Deutsche Eislaufmeister 1932.**
In Garmisch verteidigte Maier-Labergo (München) seinen Titel als deutscher Meister im Eiskunstlauf erfolgreich. Deutsche Meisterin wurde die erst 15 Jahre alte Edith Michaelis-Berlin.

**Die Qualität zur Frische sprach:**
**"Geh du voran, ich komme nach!"**
**"Nein!" rief die Frische, "wir erstarken**
**nur fest vereint in SALEM Marken!"**

**SALEM** Zigaretten sind Qualitätsmarken

# Kintschau von Japan besetzt.

**Ausrufung einer neuen Regierung für die Mandschurei?**

Nach einer russischen Meldung aus Tokio haben die japanischen Truppen inzwischen die Vorstadt von Kintschau besetzt. Der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen, General Honjo, hat dem Bürgermeister mitteilen lassen, daß alle Chinesen sämtliche Waffen in der japanischen Kommandatur abliefern müßten. Man nimmt an, daß die Japaner eine neue Regierung für die gesamte Mandschurei unter japanischer Kontrolle ausrufen werden.

Fast sämtliche Ausländer haben Kintschau verlassen und sind nach Peking abgereist.

Der Besetzung Kintschaus durch die japanischen Truppen wird in Moskau große politische Bedeutung beigemessen. Die russischen Stellen stellen fest, daß die japanische Regierung nunmehr in der Lage sei, das wirtschaftliche und politische Leben in der Mandschurei vollkommen zu beherrschen. Man glaubt in Moskau aber nicht, daß die Japaner weiter nach Peking und Tientsin vorrücken werden, da die Besetzung dieser Städte für Japan keine große politische Bedeutung habe. Man befürchtet aber, daß die japanischen Truppen auch in der Nordmandschurei vorgehen und so die russischen Interessen verletzen könnten.

*

Mit dem japanischen Einmarsch in Kintschau ist nunmehr die gesamte Mandschurei japanischer Kontrolle unterworfen — trotz aller Bemühungen des Völkerbundsrates! Wenn daher die Mitglieder des Rates am 25. Januar in Genf wieder zusammenkommen, werden sie nur feststellen können, daß die Dinge in der Mandschurei sich nach ihrem eigenen Schwergewicht entwickelt haben, als wenn es keinen Völkerbund und keinen Kriegsächtungspakt gibt. Damit aber hat die Genfer Institution eine vernichtende Niederlage erlitten.

## Kintschau unter Ausnahmerecht.

**6000 Chinesen interniert.**

Ueber die südmandschurische Stadt Kintschau, das am Sonnabend von den japanischen Truppen besetzt wurde, ist bis auf weiteres der Belagerungszustand verhängt worden. Von den Japanern ist eine Entwaffnungsaktion durchgeführt worden. Ueber 6000 chinesische Soldaten sind vorläufig interniert. Der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte, General Honjo traf am Sonntag in Kintschau ein, um die weitere Operation gegen die sich zurückziehende chinesische Armee zu leiten. In Kintschau ist ein Bombenflugzeuggeschwader mit 41 Apparaten gelandet.

Die Besetzung Kintschaus durch die Japaner hat in ganz China große Erregung hervorgerufen. Es wird vielfach die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die chinesische Regierung jetzt entscheidende Schritte gegen Japan unternehmen müsse, um die Tokioter Regierung zur Einstellung des Vormarsches ihrer Truppen zu zwingen. Die chinesischen Studentenorganisationen erklären, daß sie einen Tag in der kommenden Woche als Trauertag begehen und von der Regierung die Kriegserklärung gegen Japan verlangen werden.

## Lostrennung der Mandschurei.

**Japan hat sein Ziel erreicht.**

Wie aus Charbin gemeldet wird, hat General Tschangtschunghui am Sonnabend die Selbständigkeit der mandschurischen Republik ausgerufen. In einem Zirkulartelegramm hat er sämtliche Behörden in der Mandschurei angewiesen, nur die Anordnungen der mandschurischen Regierung auszuführen und keine Beziehungen mehr zu den Nankinger und den Pekinger Behörden zu unterhalten.

Damit hat Japan sein Ziel erreicht. Ein chinesischer Untergeneral, offenbar durch Geldzuwendungen und sonstige Versprechungen gefügig gemacht, hat die Selbständigkeit der Mandschurei proklamiert, nachdem die Japaner durch die Vertreibung der chinesischen Truppen die Lostrennung der Mandschurei bereits praktisch durchgeführt hatten. Von einem „selbständigen" mandschurischen Staat kann natürlich niemals die Rede sein. Die Japaner werden die Mandschurei ebenso annektieren, wie sie es mit Korea getan haben. Die Besetzung des Landes wird jetzt erst richtig durchgeführt. Die Vorbereitungen dazu sind bereits in vollem Gange. Der japanische Kriegsminister hat nämlich am Sonnabend im Kabinett mitgeteilt, daß nach der Besetzung von Kintschau die japanischen Truppen noch eine Säuberungsaktion in der Mandschurei durchführen würden. Der Minister verlangte dafür die Entsendung weiterer Truppen nach der Mandschurei. Das Kabinett genehmigte die Entsendung weiterer Truppen.

## China beantragt Ratszusammentritt.

— Genf, 5. Januar.

Die chinesische Regierung hat nach französischen Mitteilungen an den Präsidenten des Völkerbundsrats, Briand, das Ersuchen gerichtet, im Hinblick auf die letzten militärischen Ereignisse in der Mandschurei den Völkerbundsrat unverzüglich zu einer neuen außerordentlichen Tagung einzuberufen.

Die Entscheidung, ob der Völkerbundsrat im Falle eines offiziellen Antrages der chinesischen Regierung unverzüglich zusammentritt oder der chinesische Antrag erst auf der am 25. Januar stattfindenden ordentlichen Tagung des Völkerbundsrates erfolgt, hängt ausschließlich vom Ratspräsidenten Briand ab.

## Herabsetzung der Stickstoffpreise.

Das Stickstoff-Syndikat teilt mit: Die auf Grund der vierten Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. 12. 1931 gesenkten Preise für stickstoffhaltige Düngemittel werden bekanntgegeben mit Ausnahme der Preise für Kalkstickstoff, deren Festsetzung noch nicht erfolgen konnte; die Frist für die Bekanntgabe der neuen Preise für dieses Erzeugnis ist bis zum 10. Januar 1932 verlängert worden, jedoch wird eine Rückwirkung für alle Bezüge ab 1. Januar 1932 erfolgen. Die bereits im August 1931 für das Düngejahr 1931-32 erfolgte Preisermäßigung von durchschnittlich etwa 5 Prozent war nach der Verordnung vom 8. 12. 31 bei der Bemessung der neuen Preise einzurechnen.

**Die 10prozentige Senkung gegenüber 1930-31 ist nicht bei allen Produkten gleichmäßig erfolgt, weil das Preisverhältnis zwischen den einzelnen Erzeugnissen von 1930-31 auf 1931-32 im August 1931 eine Verschiebung erfahren hatte.**

## Nationalsozialist erschossen.

**Drei Personen schwer verletzt. — Zwei Kommunisten verhaftet.**

— Helmstedt, 4. Januar.

Bei Völpke im Kreise Neuhaldensleben kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Der Malergehilfe Kurt Wiehelt aus Barneberg, der SA. angehört, erhielt einen Brustschuß und starb bald danach. Zwei weitere Nationalsozialisten und ein Unbeteiligter wurden durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Auch ein Kommunist trug Verletzungen davon. Die Verletzten wurden nach Anlegung von Notverbänden dem Helmstedter Krankenhaus zugeführt. Die Kriminalpolizei verhaftete zwei Kommunisten, darunter den Führer der Völpker Kommunisten.

## Englands indische Pläne.

**Eine Erklärung der Londoner Regierung.**

— London, 5. Januar.

In einer amtlichen Erklärung wird versichert, daß die englische Regierung, obgleich sie die schärfsten Maßnahmen gegen jedes ungesetzliche Vorgehen in Indien ergreifen müsse, keineswegs von den Richtlinien der die englisch-indische Konferenz abschließenden Regierungserklärung abzuweichen gedenke.

**Die drei bereits ernannten Ausschüsse würden, wie vorgesehen, am 15. Januar nach Indien abreisen. In Indien solle ein beratender Ausschuß gebildet werden, dem auch Gandhi angehören solle.**

Die englische Regierung beabsichtige nach wie vor eine möglichst weitgehende Vereinbarung über die indischen Verfassungsfragen zu erzielen und rechne auf die Mitarbeit eines jeden einzelnen indischen Politikers.

## Schwere Unruhen in Futschau.

**Ein japanisches Lehrerehepaar ermordet.**

— Tokio, 5. Januar.

In der ostchinesischen Hafenstadt Futschau kam es zu schweren Unruhen, wobei ein japanischer Lehrer und seine Frau von chinesischem Pöbel ermordet wurden. Die Chinesen sollen auch japanische Marineoffiziere angegriffen haben. Das japanische Marineministerium hat nach Eintreffen der Nachricht sofort zwei Zerstörer nach Futschau entsandt. Ein Kreuzer ist bereits in Futschau eingetroffen und hat hundert Matrosen an Land gesetzt, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

## Konsul in Mukden verprügelt.

**Von japanischen Soldaten. — Das Oberkommando entschuldigt sich.**

— Mukden, 5. Januar.

In der Mandschurei hat sich ein neuer amerikanisch-japanischer Zwischenfall ereignet. Der amerikanische Konsul Chamberlain geriet in Mukden mit seinem Kraftwagen in eine japanische Patrouille, die den Konsul, als er seinen Wagen verlassen wollte, verprügelte, obwohl der Wagen die amerikanische Flagge zeigte. Mit Verletzungen im Gesicht begab sich der Konsul sogleich zu den japanischen Behörden und legte schärfsten Protest ein.

**Das japanische Oberkommando entschuldigte sich und ordnete eine strenge Untersuchung an. Die [illegible] Soldaten wurden verhaftet. Wie es heißt, sollen [illegible] Trunkenheit gehandelt haben.**

Aus Washington wird zu dem Zwischenfall berichtet, [illegible] liege ein Bericht des Gesandten der Vereinigten Staaten [illegible] vor, nach dem der Ueberfall der Japaner auf den Konsul [illegible] völlig unberechtigt gewesen sei. Die amerikanische Regierung verhält sich vorläufig abwartend, da die Einzelheiten des Zwischenfalles noch nicht genau bekannt sind. Inzwischen weise wird Amerika diesen Zwischenfall, die Beleidigung des amerikanischen Militärattaches in Kupangtze und die Ordnung einer amerikanischen Frau durch Flieger [illegible] gleichfalls in Kupangtze dazu benutzen, um den [illegible] dschurischen Streitfall in seiner Gesamtheit aufzurollen.

## Verhaftungen im Ruhrgebiet.

**Ausschreitungen in Essen. — Vollarbeit in allen Zechen.**

— Essen, 5. Januar.

In Düsseldorf fingen starke Polizeikräfte [illegible] kommunistische Trupps ab. Der Polizei war [illegible] worden, diese Trupps wollten die auf dem Wege zur [illegible] befindlichen Arbeiter anhalten und zum Streik auffordern. Ueber 150 Personen sind festgenommen worden. [illegible] rungen ist es bei den Verhaftungen nicht gekommen.

In Essen wurde am Südwestfriedhof ein Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen, wobei ein Insasse durch Glassplitter erheblich verletzt wurde. Vier Personen wurden vorläufig festgenommen. Im Stadtteil Essen-Borbeck erschossen bisher unbekannte Täter in der Bocholter Straße einen Drahtverhau, der von der Polizei wieder entfernt wurde. In Bottrop wurden zahlreiche Fensterscheiben von Geschäftshäusern zertrümmert, nachdem bereits in der Nacht zum Sonntag an dem Verlagsgebäude der „Bottroper Volkszeitung" drei große Schaufensterscheiben eingeworfen worden waren.

Wie vom Polizeipräsidium Recklinghausen mitgeteilt wird, ist der Streikparole im dortigen Gebiet, abgesehen von der Zeche Westerholt, wo von 730 Mann 516 der Belegschaft ferngeblieben, keine Folge geleistet worden. [illegible] der Zeche Bergmannsglück in Buer ist die Belegschaft wieder vollzählig eingefahren. In Westerholt wurden 26 Personen festgenommen, die in einer verbotenen Versammlung beschlossen hatten, die Zeche Westerholt stillzulegen. [illegible] weitere Personen wurden wegen Behinderung von Arbeitswilligen festgenommen.

In Herten wurden mehrere Bäume quer über die Straße gelegt. Das Hindernis konnte jedoch bald beseitigt werden. In Recklinghausen wurden 10, in Marl 3 und in Gladbeck 24 Personen teils wegen Aufforderung zum Streik und wegen Verbreitung revolutionärer Schriften festgenommen. Der größte Teil der Festgenommenen wird [illegible] Schnellrichter vorgeführt werden.

In Köln versuchte die RGO. die Straßenbahn lahmzulegen. Vor größeren Betrieben kam es zu Ansammlungen. 19 Personen, darunter ein kommunistischer Stadtverordneter, wurden festgenommen. Ein Polizist wurde beim Auflösen einer Ansammlung durch einen Steinwurf erheblich verletzt. Im Braunkohlenrevier wurden wegen Streikhetze 20 Personen festgenommen.

## Stegerwald an die Arbeitgeber.

**Vorläufig keine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung.**

Nach einer Meldung des Gewerkschaftlichen Pressedienstes hat der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wiederum zum Ausdruck gebracht, daß er vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit überall da, wo sie technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sei, nach wie vor für dringend wünscht halte.

**Im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften [illegible] Notverordnung vom 8. Dezember v. J. sei es jedoch [illegible] die Ermittlungen über eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung zunächst zurückzustellen. Wann die Arbeiten für die behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden könnten, würde von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Lohn- und Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen. Der Reichsarbeitsminister behält sich vor, mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer zu geeignet erscheinender Zeit wieder in Verbindung zu treten.**

Von zuständiger Stelle verlautet hierzu, daß das Schreiben des Reichsarbeitsministers dem Sinne nach richtig wiedergegeben sei.


Bei mir kaufen heisst: sparen!

Die Preise meiner sämtlichen Waren habe ich ab 1. Januar bedeutend

**herabgesetzt.**

H. Mohr.



**Chorverein**
„Liederkränzchen"
Donnerstag abd. 1/2 8 Uhr
**Gesangstunde**
Der Vorstand.



**Wer verkauft**
Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od. sonst. Betrieb, auch Bauterrain.
Sof. Angebote an
**P. Melle, Bremen,**
Gösselstr. 39



**Mittwoch früh:**

Ia. Grüne Heringe,
Ia. Schellfisch,
Ia. Bücklinge,
Ia. Fisch-Filet,
Ia. Schmandheringe,
Ia. Sprotten,
Ia. Lachs
H. Mohr.


## Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

**am Donnerstag, den 7. Januar 1932, 20 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses.**

Tagesordnung:

1. Antrag auf Neuwahl von Mitgliedern der nach § 40 der Städteordnung gebildeten Kommission.
2. Neuwahl von 2 Mitgliedern in den Vorstand des Privatschulvereins.
3. Antrag des Pächters der Sandgrube auf Pachtermäßigung.
4. Rechnungslegung der Stadtsparkasse.
5. Antrag auf Haftbarmachung des Sparkassenvorstandes.
6. Antrag betreffend anderweitige Regelung amtlicher Bekanntmachungen.
7. Antrag auf Abgabe von unentgeltlichen Brennholz aus dem Stadtwalde an Gewerbslose und Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an dieselben.
8. Ersatzwahl zum Sparkassenvorstand.
9. Anfragen und Mitteilungen.

Spangenberg, den 5. 1. 1931.

**Siebert**, Stadtverordnetenvorsteher.

## Polizeiliches Meldewesen.

An die polizeiliche Ab- und Anmeldepflicht wird hiermit durch erinnert. Unterlassung der An- und Abmeldung zieht Bestrafung nach sich.

Spangenberg, den 4. Januar 1932.

**Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde**, Stein

## Kranken- und Invalidenversicherung.

An die Vorschriften über die An- und Abmeldung von Arbeitnehmern bei der Krankenkasse und die regelmäßige Entrichtung der Invalidenversicherungsbeiträge (Einkleben von Marken in Quittungskarten) wird hierdurch erinnert.

Spangenberg, den 4. 1. 1932.

**Der Bürgermeister**, Stein